











1. Zusammenfassung und Trends

Akteur	Kurzübersicht	Trend
Koalition (CDU, CSU, SPD)	Andere Belange dominieren: SPD weiter offen für weitere Regulierungen. Die Sommerpause hat die Debatte in der Unionsfraktion zur E-Zigarette unterbrochen: Der Spaltpils ist noch nicht behoben . CDU/CSU und SPD sind derzeit durch übergeordnete Issues (Türkei, Innere Sicherheit, Handelsabkommen, Flüchtlinge), die Landtagswahlen sowie dem Erstarken der AfD stark eingespannt. Dies bindet Ressourcen. Das kann bedeuten, dass innerhalb der Fraktionen Fakten „unter dem Radar“ geschaffen werden.	
Opposition (B90/Die Grünen, Die Linke)	Weiter uneins: Während die Linke erste gemeinsame Schritte mit der E-Zigarettenbranche wagt, bleiben die Grünen weiterhin skeptisch, „fassen das Thema gar nicht an.“	
Bundesrat, Bundesländer	Keine Änderung: Aufgrund der Sommerpause haben sich die Bundesländer nicht primär mit der E-Zigarette befasst bzw. sichtbar ihre Position geändert. Aufgrund der sich auf EU-Ebene abzeichnende Änderung der 2- ÄndV TabakerzV wird eine Neubefassung der Länderkammer wahrscheinlicher.	
Verwaltung	Auf EU-Ebene wird der Gesetzgebungsprozess zur Änderung der TabakerzV verlangsamt . Noch ist ungewiss ob und inwieweit eine Änderung durch die europäische Ebene herbeigeführt wird. Die grundlegend skeptische Haltung in den deutschen Ministerien bleibt davon unberührt.	
Fachcommunity	Erneut wird in der Forschung die Spaltung der Meinungen sichtbar. Während einige Studien den Harm Reduktion-Ansatz stützen, bestätigen andere Untersuchungen die Argumentationsmuster des DKFZ. Dies befördert eine stabile Lage mit Tendenz zu einem negativen Grundrauschen . Der Führungswechsel im DKFZ lässt keinen signifikanten Kurswechsel ggü. der E-Zigarette erwarten, kann aber die Tonlage beeinflussen.	
Legende Tendenzen in Relation zu den Zielen des BfTG.	Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral  Negativ  Sehr negativ (Krise) 	

2. Meldungen

2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

Datum: 31.08.2016 , 19.08.2016

Meldung: Die Einnahmen aus der Tabaksteuer sanken im Juli um 48% im Vergleich zum Vorjahresmonat, wie aus dem [Monatsbericht](#) des Ministeriums hervorgeht. Im Juni gab es ein Minus von 23,9%.

Zudem gibt es mit Susanne Flechsig (Referat IV C 5 „Biotech-Industrie, Bioökonomie, Lebensmittelindustrie“) eine neue Ansprechpartnerin zu Tabakthemen im BMWi. Flechsig gilt als kritisch ggü. Tabak eingestellt. Es hat bereits ein Treffen des DZV mit dem Referat gegeben. Die Gesprächspartner seien reserviert aufgetreten und sähen aktuell keinen Handlungsbedarf bzgl. der Regulierung. Diese sei entschieden. Das Referat hat gute Beziehungen zur zuständigen Stelle im BMEL (Abteilung 2, Referat 223 „Produktsicherheit“), die auch tabakkritisch ist.

Einordnung/Empfehlung: Grund ist nicht ein sprunghafter Rückgang des Tabakkonsums, sondern Folgeeffekte der Produktionsausweitung im Frühjahr. Damals fertigten die Firmen mehr Produkte, um möglichst lange Packungen ohne neue Warnhinweise abzuverkaufen. Mit der neuen Personalie ist die Ministerialverwaltung eher noch skeptischer zu den Belangen der E-Zigarettenbranche eingestellt, da mit dem zuständigen Fachreferat im BMWi, die letzte „Bastion der Tabakindustrie gefallen ist.“ Da einige Stakeholder wie auch manche Medien E-Zigarette und Tabak gleichsetzen im bzw. in einem Nexus verorten, bleibt es weiterhin Aufgabe des Verbandes, die Unterschiede von Produkt und Unternehmen zur Tabakbranche darzustellen.

Das macht es umso wichtiger, dass sich das BfTG als von der Tabakindustrie unabhängiger Akteur positioniert und eigene Punkte setzt. Wir empfehlen zumindest mittelfristig den Dialog mit dem BMWi-Referat, neben dem z.B. auch die UA VII a „Mittelstandspolitik“ angesprochen werden könnte. a) um die Belange der E-Zigarette und das BfTG als tabakunabhängigen Akteur vorzustellen (Botschaft bspw.: Überregulierung bremst die Tabakalternative aus), b) um die Belange der Branche als KMU im Vergleich zu den (Tabak-)Konzernen deutlich zu machen (Botschaft bspw.: zu viel Regulierung fördert Konzerne und schädigt KMU). Da das BMWi wenig Anlass zum Handeln sieht, ist bei der Ansprache wichtig, dass den Ministerialbeamten der Mehrwert deutlich wird (z.B. Studie zur Branche).

Quelle: faz.net , nw.de , Hintergrundgespräche

2.2. Bundestag

Datum: 31.08.2016 , 23.08.2016

Die Unionsfraktion ist weiterhin über das weitergehende Vorgehen zur Änderung des TabakerzG gespalten (siehe Report 25, 24). Schlichtungsversuche von Gerda Hasselfeld (MdB, Vorsitzende CSU-Landesgruppe) sind vorerst gescheitert. Die CDU/CSU-Fraktion wird am Rande der Klausurtagung am 01./02.09.2016 im kleinen Kreis zum Sachverhalt beraten – Ergebnis offen.

Laut der Geschäftsstelle des Landwirtschaftsausschusses ist für den 19.9. keine Anhörung zum [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tabakerzeugnisgesetzes](#) (ÄndG TabakerzG, siehe Report 24-21) geplant. Man geht davon aus, dass es eine geben wird, jedoch erst nach der Ersten Lesung im Bundestag. Die ist noch nicht terminiert, kann aber nicht vor dem 19.-23.9. stattfinden.

Das ÄndG TabakerzG setzt die EUTPD2 weiterführend um: Gleichstellung nikotinfreier E-Zigaretten und Nachfüllbehälter mit nikotinhaltigen aufgrund der im eingeatmeten Aerosol enthaltenen gesundheitsschädlichen Substanzen; Verbot der Außenwerbung und kostenlosen Abgabe von Tabakerzeugnissen; Werbeverbote für E-Zigaretten und Nachfüllbehälter, Einschränkung der Kinowerbung.

Einordnung/Empfehlung: Wir bleiben mit unseren Kontakten in der Unionsfraktion am Thema dran. Der Streit zeigt, wie sensibel derzeit das Issue gesehen wird. Die Stakeholder müssen in einem Spannungsfeld zwei Seiten bedienen: a) Demonstration der Handlungsfähigkeit in Krisenzeiten (AfD im Aufschwung bei Landtagswahlen, Flüchtlinge, Innere Sicherheit, Finanzkrise) beweisen; b) zunehmender Trend in Bevölkerung Verbraucher- und Gesundheitsfragen an den Staat zu delegieren und allgemeiner Trend zu mehr Gesundheitsbewusstsein; c) Kritik der Wirtschaft an wachsenden Auflagen und gleichzeitig Wirtschafts-

skandale (VW, Bankenkrise). So ist es wichtig in Gesprächen auch Lösungsoptionen anzubieten.

Die nächsten Sitzungswochen, in denen eine Befassung im Bundestag möglich wäre sind 26.-30.09.2016 (z.B. 1. Lesung), 17.-21.10.2016 (z.B. Beratung im Ausschuss), 07.-11.11.2016 (z.B. Anhörung). Aufgrund der vom BMEL angemahnten Eile wäre auch eine außerplanmäßige Anhörung im Oktober denkbar.

Die Terminverschiebung bietet die Gelegenheit, die kommende Literaturuntersuchung (siehe Abschnitt 2.5) von Prof. Stöver (Frankfurt University of Applied Sciences FH Frankfurt) über die Validität von Studien zum Themenkomplex Jugendliche und E-Zigaretten sowie Gateway Effekt für die externe Kommunikation zu nutzen (z.B. Blog-Beitrag, Info-Paper).

Wir empfehlen ferner die Entwicklung eines auf die Regulierungsprozesse und politischen Ereignisse angepassten Maßnahmenplanes, der Q4 2016 und Q1 2017 sukzessive umfasst und fortgeführt wird. Dies betrifft u.a. die Kooperation mit MdB Tempel (Die Linke) bzgl. einer Kleinen Anfrage im Bundestag.

Es handelt sich um ein sog. Zustimmungsgesetz. Ein Nein des Bundesrates zu einem solchen Gesetz kann vom Bundestag nicht überstimmt werden. In solchen Fällen wird im Vermittlungsausschuss eine einvernehmliche Lösung herbeigeführt. Diese Neuformulierung muss dann erneut vom Bundestag verabschiedet werden und die Zustimmung des Bundesrates finden. Der Bundesrat hat in seiner [Stellungnahme](#) einige Änderungen eingebracht, den Entwurf als Ganzes aber nicht abgelehnt. Eine Blockade durch die Länder ist daher eher unwahrscheinlich.

Quelle: Hintergrundgespräche

Datum: 27.08.2016

Meldung: Volker Kauder (CDU, MdB), Vorsitzender der Unions-Fraktion im Bundestag, verlautbarte im Kontext der aktuellen Steuerdebatte: „Im letzten Regierungsprogramm haben wir keine Steuererleichterungen versprochen. Aber wir haben zugesagt, dass es **keine neuen Steuern sowie keine Steuererhöhungen gibt** [...].“

Einordnung/Empfehlung: Die Aussage wird eher weniger Auswirkungen auf die kommende Debatte um eine E-Zigarettensteuer haben. a) Laut [Carsten Linnemann](#) (CDU, MdB), Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung von CDU/CSU (MIT) gibt es nur eine mündliche Vereinbarung der Koalitionspartner zum Thema Neusteuern bzw. -erleichterungen. In der Tat wird ein Verzicht auf Steuererhöhungen und neue Besteuerungen nicht explizit im [Koalitionsvertrag](#) genannt; da b) die EU die Rahmenbedingungen der E-Zigarettenbesteuerung setzt, verfügt die Bundesrepublik hier nur über eine eingeschränkte Handlungsfreiheit. Zudem besteht die Möglichkeit, dass Neuregelungen erst nach der Bundestagswahl 2017 wirksam werden. Relativierend sind c) die Erhöhungen der Tabaksteuer 2014-2016.

Wir empfehlen die frühzeitige Ansprache von Finanzpolitikern von Union, SPD Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Optional auch ein Gespräch mit der FDP, die derzeit Chancen auf eine Rückkehr in den Bundestag hat ([6%, Forsa vom 24.08.2016](#)) und Profilierungsmöglichkeiten sucht. Dies wäre eine Vorbereitung von Unterstützern in Regierung und Opposition nach der Wahl 2017.

Quelle: [faz.net](#)

Datum: 24.08.2016 , 23.08.2016

Meldung: Maria Michalk (CDU, MdB), Obfrau im Gesundheitsausschuss, tritt zur nächsten Bundestagswahl nicht mehr an. [Michalk äußerte sich bislang abwägend](#) zur E-Zigarette: Diese sei zwar ein „gesundheitlicher Fortschritt für Raucher“; sie spiele aber beim Tabakstopp eine unwesentliche Rolle und es gäbe keine Erkenntnisse zu Langzeitwirkungen.

Gitta Connemann (CDU, MdB), stellv. Fraktionsvorsitzende und mitzuständig für Tabakfragen, äußerte sich im Zuge der Debatte um eine Zuckersteuer skeptisch über sog. „sin taxes“. Die Union setze auf den mündigen Verbraucher, „Verbraucherbildung und klare und verständliche Information“.

Einordnung/Empfehlung: Connemanns Aussage lässt sich ggü. Unionspolitikern anführen – auch in Bezug der aufkommen Steuerdebatte. Zu dieser empfehlen wir, nicht signifikant über die bereits in anderen Staaten (Report 27, 26) diskutierten Beträge hinauszugehen, um möglichst ähnliche und niedrige Steuersätze in Europa zu erreichen (siehe Report 25).

Mit dem Mandatsverzicht besteht bei Michalk weniger Bedarf zur Profilierung. Das kann a) zu einer Positionierung weder für noch gegen die E-Zigarette führen („Lame Duck“); b) Michalk die Freiheit geben, auch polarisierendere Positionen zu vertreten. Michalk wird ggf. bei ihrer politischen Arbeit ihre Pläne nach dem Mandat berücksichtigen. Dies kann auch ihr Verhältnis zur E-Zigarette betreffen. Beispielsweise ist ein ehrenamtliches Engagement zum Thema Gesundheit der 67jährigen denkbar. Wir empfehlen, Michalks weiteren Werdegang zu beobachten und sie bei Bedarf anzusprechen.

Quelle: maria-michalk.de , presseportal.de

2.3. Bundesrat und Bundesländer

Siehe Punkt 2.3.

2.4. Europa, EU und EU-Staaten

Datum: 31.08.2016 , 23.08.2016

Meldung: Die Stillhaltefrist zum Entwurf einer [Zweiten Verordnung zur Änderung der Tabakerzeugnisverordnung](#) (siehe Report 22) ist bis zum 21.11.2016 verlängert worden. Einwände kamen aus Ungarn und Kroatien. Diese sind jedoch nicht veröffentlicht. Es soll jedoch nicht verifizierten Aussagen zufolge die Übergangsregelung für charakteristische Inhaltsstoffe in Frage gestellt worden sein. Hintergrund des ungarischen „Einspruchs“ sind nationale, wirtschaftliche Interessen. Der Druck auf die ungarische Regierung kam von nationalen Produzenten.

Ebenso soll das BMEL bereits an einem neuen Entwurf ohne Rückwirkungsklausel arbeiten. Diese bislang nicht bestätigte Meldung würde jedoch zu ersten Hinweisen passen, dass die Rückwirkungsklausel der Grund für die Verlängerung sei.

Auch andere Verbände wie der VdR sehen das geplante rückwirkende Inkrafttreten kritisch. Der VDR stimmt sich aktuell mit dem DZV ab, wie sie diesbezüglich mit ihrem juristischen Gutachten weiter verfahren sollen.

Einordnung/Empfehlung: Damit bleibt weiterhin offen, wann und (möglicherweise) mit welchen Änderungen die Verordnung in Kraft tritt. Sollte es zu einer Veränderung des Verordnungstextes durch die EU kommen, ist eine erneute Befassung des Bundesrates nötig. Eine Verkündung bzw. Inkrafttreten in diesem Jahr ist nach den aktuellen Informationen immer noch möglich, rückt aber mehr und mehr ins Jahr 2017.

Wir sind weiter an der europäischen Ebene dran und bringen uns aktiv in die Gespräche zum Runden Tisch am 07.09.2016 ein. Auch mit VDR und DZV bleiben wir in Kontakt. Wir empfehlen zudem, die bereits angedachte kleine Veranstaltung für Referenten der Landesvertretungen im Herbst umzusetzen.

Quelle: ec.europa.eu , Hintergrundgespräche

2.5. Fachcommunity

Datum: 01.09.2016

Meldung: Der Sammelband von Prof. Stöver (Frankfurt University on Applied Sciences) wird nicht vor Ende Oktober erscheinen. Aufgrund des Projektendes Ende Dezember wird es auf jeden Fall 2016 noch zur Veröffentlichung kommen. Zuvor wird er eine Literaturuntersuchung zum Stand der E-Zigarettenforschung vorstellen. Sie ist Bestandteil des Sammelbandes (siehe Abschnitt 2.2).

Die UKE-Studie zur E-Zigarette liegt seit Anfang Juli fertig zur Freigabe beim Bundesgesundheitsministerium. Das UKE erwartet „täglich“ auf die Freigabe und hakt nochmals beim Ministerium nach, um sie schnellstmöglich zu veröffentlichen. Ihre Verwendung in der laufenden Debatte kann aktuell nicht einkalkuliert werden.

Einordnung/Empfehlung: Die Publikationen von Stöver und UKE eignen sich gut zur Stakeholderkommunikation. Hier ist ein breiter Ansatz – vom Bücherversand bzw. -übergabe an einzelne Stakeholder, über Blogbeiträge und Pressearbeit bis hin zur Einladung der Autoren zu Gesprächsrunden – denkbar. Dabei ist wichtig, dass die Stellung der Autoren als unabhängige Fachexperte gewahrt bleibt.

Quelle: Hintergrundgespräche

Datum: 24.08.2016 , 23.08.2016

Meldung: Der britische Think Tank Institute of Economic Affairs (IEA) spricht sich für eine Förderung bzw. einen Verzicht auf die Besteuerung von E-Zigaretten aus. „Lower taxes encourage smokers to switch, which benefits health, but there is also a small health benefit from discouraging non-users who might want to start using low-risk products, and so a balance must be struck.“, so Autor Dr. Carl Philipps (S. 35). Die Untersuchung rechnet damit, dass sichtbare Preisunterschiede zwischen Tabak- und E-Zigarette den Wechsel befördern – gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit, dass Nichtraucher nun zur E-Zigarette greifen relativ gering ist (S. 38). Während in UK der Anteil der Menschen, die E-Zigaretten probiert haben von 8,9% auf 15.5% gestiegen ist, wuchs der Anteil in der EU von 7,2% auf 11, 6%.

Auch der international bekannte kanadische Gesundheitsrechtler [Prof. David Sweanor](#) plädiert im Kontext der Steuerdebatte in Irland für eine Abwägung: Er weist auf die Nachteile der Besteuerung von E-Zigaretten für Tabakprävention und Tabakstopp hin.

Einordnung/Empfehlung: Obwohl das Institut in der Vergangenheit namenhafte Autoren versammeln konnte, ist sein Image im Kontext Zigarette aufgrund von [Spenden der Tabakindustrie](#) beschädigt. Die Untersuchung bietet Argumentationsansätze für die kommende Besteuerungs-Debatte. Ihre Wirkung könnte aufgrund der (damaligen) Nähe des IEA zur Tabakwirtschaft geringer ausfallen, da Tabakfirmen auch E-Zigaretten vertreiben.

Quelle: [jealondon.com](#) (Studie), [cityam.com](#), [economia.icaew.com](#), [irishtimes.com](#)

Datum: 21.08.2016, 20.08.2016

Meldung: Laut einer unter Rauchern angelegte Studie der Karl-Franzens-Universität Graz (Prof. Bernd Mayer) und der Queen Mary University of London sollen E-Zigaretten weniger Atemwegsinfektionen hervorrufen als Tabakzigaretten. Dabei wurde das Verhalten jener Personen untersucht, die zumindest zwei Monate zuvor von der herkömmlichen Tabak- auf die E-Zigarette umgestiegen sind. Zwei Drittel der Teilnehmer gaben an, dass sie eine Besserung ihrer Atemwegsbeschwerden feststellten, 29% beobachteten keine Änderung, 5% eine Verschlechterung. „There is no doubt that e-cigarettes are much safer than conventional cigarettes, but smokers are still led to believe that they're dangerous,” so Co-Autor Prof. Peter Hajek (QMUL). Die Autoren monieren die Fehlinformation der Verbraucher bedingt durch fehlerhafte Studien(-designs) und deren mediale Verbreitung.

Einordnung/Empfehlung: Die Studie dient als weiterer Beleg für unseren Harm Reduction-Ansatz und kann zur Untermauerung bei kommenden Gesprächen nutzbar sein. Sie bietet sich zudem für die Stakeholderkommunikation über die Homepage an.

Quelle: [presse.uni-graz.at](#), [steiermark.orf.at](#), [psychcentral.com](#), [business-standard.com](#)

Datum: 25.08.2016, 19.08.2016

Meldung: US-Forscher um Thomas Willis haben in einer Studie den Gateway Effekt bestätigt. Insbesondere würden E-Zigaretten risikobewusste Jugendliche zum Tabakrauchen bringen. Die Forscher berücksichtigten Raucherstatus und individuelle Charaktereigenschaften der Befragten bei der Bewertung.

Zu einem ähnlichen Schluss kommt das Mannheimer Institut für Public Health, Sozial- und Präventivmedizin ([MIPH](#)). Dem Institut zufolge steigt der E-Zigarettenkonsum stark: 16,2% der befragten Jugendlichen hätten mindestens einmal gedampft – unter den Haupt- und Werkrealschülern sei die Quote mit 33% besonders hoch. Das MIPH wertet den Anstieg als alarmierend, gerade vor dem Hintergrund, dass gesundheitliches Risikoprofil und Suchtpotenzial von E-Zigaretten weitgehend ungeklärt seien, ebenso wie eine mögliche Katalysatorfunktion der E-Zigarette hin zum Tabakkonsum. Das MIPH plädiert daher für ein bundesweites Monitoring sowie weitere Untersuchung des Risikoprofils der E-Zigarette.

Abwägender ist eine Studie der Universität Michigan. Ihr zufolge nutzen etwa zwei Drittel der jugendlichen Dampfer nikotinlose Liquids. Nur etwa 20% würden nikotinhaltige Liquids konsumieren. Die Autoren schließen, dass die E-Zigarette nicht unbedingt zu einem Anstieg des Nikotinkonsums führen. Ein möglicher Gateway Effekt sei im Vergleich nicht so groß wie gedacht. Mit Auswirkung auf die Gesetzgebung: „Finally, the results suggest the importance of developing different rationales for the regulation of vaporiser devices as compared to the regulation of substances marketed for vaporiser use.“

Anders auch ein Paper der US-Stiftung [Reason Foundation](#): „If product quality and diversity continue to increase, and costs continue to fall, within 20 years vaping could cut smoking rates by 50 percent or more. In 30 years, vaping might eliminate smoking altogether.“ Die Stiftung schätzt eine Anhebung der mittleren Lebenserwartung durch den Wechsel von Tabak auf E-Zigarette auf bis zu 8 Jahren.

Einordnung/Empfehlung: Die Willis-Studie führt im Subtext, dass die E-Zigarette Verbraucher in falscher Sicherheit wöge. Das unterminiert unseren Harm Reduction-Ansatz. Das MIPH bestärkt den Ansatz des DKFZ. Mit den Aussagen über Werk- und Hauptschüler geht eine gewisse Stigmatisierung von Konsumenten einher, die zudem zu den Entwicklungen bei der Tabakzigarette passt. Dies ist bei der externen Kommunikation zu beachten. Denn Verbraucher sehen in Herstellern auch Fürsprecher. [Prof. Dr. Sven Schneider](#) vom MIPH wird auch auf der Tabakkontrollkonferenz 2016 sprechen (s.u.). Die Michigan-Studie stellt jedoch ein Gegengewicht dar. Ihre Erkenntnisse über die zudem zum Konsum von Nikotin bietet zudem einen Hebel gegen die Gateway-These.

Erst kürzlich verwies der Blog „[blastingnews](#)“ auf einen Artikel der [Times](#) vom Februar 2014, der über ein Schreiben des US-Pharmaherstellers GlaxoSmithKline berichtete. GSK forderte damals eine Regulierung der E-Zigarette, da diese zum Tabakkonsum führe.

Quelle: [ncbi.nlm.nih.gov](#) , [tobacco.ucsf.edu](#) , [indianexpress.com](#) , [econtent.hogrefe.com](#) (Studie) , [idw-online.de](#) , [tobaccocontrol.bmj.com](#) (Studie) , [eurekalert.org](#). Zur Zeit des Monitorings war der Reason-Report nicht online verfügbar.

Datum: 22.08.2016 , 17.08.2016

Meldung: „To our knowledge, this is the first study with smokers to demonstrate that substituting tobacco cigarettes with electronic cigarettes may reduce exposure to numerous toxicants and carcinogens present in tobacco cigarettes,“ so Studienleiter [PhD Maciej Goniewicz](#) (Roswell Park). Weniger Schadstoffe: Die Forscher stellten ein deutliches Absinken nach dem Wechsel von Tabak zur E-Zigarette bei 12 der 17 geprüften Biomarker fest. Die Ergebnisse seien vergleichbar mit einem Tabakstopp. Co-Autor [Prof. Neal Benowitz](#) (University of California): „Our findings suggest that e-cigarette use may effectively reduce exposure to toxic and carcinogenic substances among smokers who completely switch to these products.“

[US-Mediziner](#) sind geteilter Meinung: 54% der Ärzte sehen in der E-Zigarette eine mögliche Hilfe zum Tabakstopp. Jedoch weist die Hälfte auch auf Negativeffekte hin.

Anders eine griechische Studie: Ein Team um den Athener Kardiologen Charalambos Vlachopoulos stellte negative Auswirkungen des Dampfens fest: ähnlich wie bei Tabak würden sich Herzgefäße wie die Aorta verfestigen und der Blutdruck steigen (auf bis zu 80% der Steigerung durch Tabak). Trotz ihrer geringen Schadstoffmenge seien die Negativeffekte der E-Zigaretten fast so wie bei Tabak.

Einordnung/Empfehlung: Die beiden Studien sind ein weiterer Beleg für die Gespaltenheit der Fachwelt. Eine Chance, den Ansatz der Risikoreduzierung ins Spiel zu bringen, bietet die Untersuchung zu US-Medizinern. Sie stützen den Ansatz des BfTG. Wir empfehlen aufgrund der gespaltenen Fachcommunity und mit Blick auf kommende Stakeholdertreffen Kernbotschaften und abgestimmte Aussagen (Q&A) zu entwickeln und die Literaturuntersuchung von Prof. Stöver aktiv in der externen Kommunikation zu nutzen (Homepage, Gespräche u.a.). Des Weiteren empfehlen wir den Ausbau der Informationsangebote der Homepage.

Eine Gegenüberstellung von Studien in diesem Kontext ordnet die Aussagen der Kritiker für Stakeholder (neu) ein und macht deren Schwachstellen sichtbar.

Quelle: ntr.oxfordjournals.org (Studie), roswellpark.org , blog.heartland.org , sciencedirect.com (Studie), tobacco.ucsf.edu , ajpmonline.org (Studie)

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

Datum: 29.08.2016

Meldung: Dr. Ute Mons übernimmt zum September die Leitung des DKFZ. Mons hat sich zuvor mit Krebsrisikofaktoren und Prävention beschäftigt. Seit ihrem Eintritt ins DKFZ noch als studentische Mitarbeiterin arbeitet sie zum Thema Nichtraucherchutz. Mons steht der [Gateway Effekt-These](#) nahe. Sie will den Kurs beibehalten und ausweiten.

Ihre Vorgängerin Dr. Martina Pötschke-Langer wird Vorsitzende vom [Aktionsbündnis Nicht-rauchen](#) (siehe Report 22, 13, 9, 2). Damit steht sie den großen nikotin-/tabakkritischen Organisationen von DKFZ über DHS bis zur Bundesärztekammer vor. Das ABNR hat sich in der [Vergangenheit](#) kritisch gegen die E-Zigarette gestellt und ist ein [Treiber der Regulierung](#).

Einordnung/Empfehlung: Im Interview suggeriert Pötschke-Langer ein David-Goliath-Verhältnis des DKFZ zur (E-Zigaretten-)Wirtschaft. Zudem positioniert sie das DKFZ als Institution, welches sich rein wissenschaftlicher Fakten verpflichtet fühlt und behauptet, dass es in der deutschen Wissenschaft/Forschung einen Konsens gibt, der ihre Auffassung zur E-Zigarette belegt. Damit folgt sie dem bekannten Handlungsmuster, das bislang wenig hinterfragt, positiv in den Medien und bei großen Teilen der Politik verhängt.

Der Führungswechsel wird keinen signifikanten Bruch in der DKFZ-Politik darstellen. Es ist jedoch ein Wechsel in der Tonlage zu erwarten, der von Mons Persönlichkeit bestimmt wird. Da Mons ihre Aktivitäten auch auf andere Faktoren wie Alkohol auszudehnen gedenkt, kann dies langfristig Ressourcen und Aufmerksamkeit von der E-Zigarette abziehen. Im worst case stehen der Branche künftig zwei breit vernetzte und hervorgehobene Institutionen gegenüber, die konzertiert vorgehen. Mons' Kontaktdaten Dr. Ute Mons (ohne Gewähr): Tel. 06221 421344, Fax. 06221 1302, E-Mail u.mons@dkfz.de.

Wie empfehlen, Mons ein neutral verfasstes Schreiben zum neuen Posten zuzusenden und darin ein Gesprächsangebot zu machen. Zudem sollte sich das BfTG als von der Tabakwirtschaft unabhängige Interessenvertretung und die E-Zigarettenbranche als KMU positionieren. Der Brief ist ein erstes Sondieren, dem nicht sofort ein positives Feedback erfolgen muss.

Quelle: rnz.de , bmel.de (ABNR-Stellungnahme zur Tabakregulierung 2015)

Datum: 20.08.2016 , 17.08.2016

Meldung: Michael Bloomberg, ehemaliger Bürgermeister von New York City, ist neuer WHO-Botschafter für nichtübertragbare Krankheiten. Zu seinen Aufgaben wird die Unterstützung und Initiierung von Maßnahmen gegen Ursachen nichtübertragbarer Erkrankungen sein – z.B. die Tabakprävention. Zu seinen Aufgaben gehören auch Information und Sensibilisierung von politischen Entscheidern weltweit.

Nikotingegner in Australien fordern ein Dampfverbot im öffentlichen Raum. Jillian Skinner, Gesundheitsminister von New South Wales, sieht derzeit keine Veranlassung für eine Gesetzesänderung. Dampfen ist hier im Gegensatz zum Rauchen in der Öffentlichkeit erlaubt.

Einordnung/Empfehlung: Bloomberg war ein Vorreiter der Tabakbekämpfung in den USA und Vorbild auch für europäische Tabakgegner. Mit seiner Ernennung ist mit weiteren Impulsen zu rechnen. Die diesjährige [FCTC-Versammlung](#) in Neu-Delhi bietet dazu einen Anlass.

Die australischen Kritiker thematisieren ein Kernanliegen von Bloomberg. Nichtraucher-schutz ist einer der letzten Punkte in Deutschland, bei dem die E-Zigarette Tabak noch nicht gleichgestellt ist. [Forum Rauchfrei](#) fordert gerade vom nächsten Berliner Senat ein „Nichtraucherschutzgesetz ohne Ausnahmen“. Der Schutz vor Passivrauch ist Ländersache. Daher empfehlen wir den Ausbau der Netzwerke auf Landesebene, um frühzeitig auf Vorhaben reagieren zu können.

Quelle: [who.int](#) , [dailytelegraph.com.au](#)

2.7. Tabakwirtschaft und Wettbewerb

Datum: 26.08.2016 , 22.08.2016

Meldung: The Japan Times, ein Ableger der weltgrößten Tageszeitung Yomiuri Shimbun, berichtet über den Erfolg von IQOS (PMI) und JTI's Ploom Tech (siehe Report 18). PMI erreichte in kurzer Zeit Marktanteile bis zu 5%. Heated Tobacco wird in den einzelnen Verwaltungsgebieten Japans unterschiedlich restriktiv reguliert. Der Erfolg von Heated Tobacco wird nicht nur begrüßt: Rauchtobakhersteller fürchten Verluste an Marktanteilen und mögliche Steuererhöhungen des BMF als Reaktion auf den steigenden Absatz (siehe Report 27).

Derzeit nutzt der Wettbewerber Vitastick (siehe Report 12) Socialmedia zu Image-/Werbezwecken. [Lifestyle-Blogger](#) greifen dies auf und verbreiten die Inhalte zusätzlich.

Im DZV bemüht sich Geschäftsführer Jan Mücke weiter um das Thema E-Zigarette. Reemtsma und BAT sind derzeit uneins. Solange der Disput nichtgeklärt ist, wird sich der DZV das Issue nicht offiziell annehmen, heißt es aus der Branche.

Einordnung/Empfehlung: Internationale Presseberichterstattung trägt zum allgemeinen Grundrauschen bei und ist auch ein (positiver) Imagefaktor. Berichte der Auslandsmedien über deutsche Sachverhalte, können bei Stakeholdergesprächen als positive Verstärker genutzt werden. So bietet der Artikel einen Gesprächsanlass mit Takehito Kudo (Auslandskorrespondent der Yomiuri Shimbun). Kontaktdaten: Friedrichstr. 154, 10117 Berlin, Mobil: 0172-3967795, Email: kudo2066@yomiuri.com.

Zudem zeigt der Bericht, wie rasch sich Konkurrenzprodukte in Märkten etablieren können, und dass eine Strategie zum Umgang mit Heated Tobacco relevant bleibt. Er bietet ebenso Orientierung für die Marktentwicklung in Deutschland. Wir empfehlen daher die Ausarbeitung einer Strategie zu Heated Tobacco nebst Wording (Q&A).

Mücke hat bereits in der Vergangenheit immer wieder versucht, die E-Zigarette zum Thema des DZV zu machen. Reemtsma verfolgte in der Vergangenheit die Idee, eine zentrale Anlaufstelle für alle Akteure und Themen rund um Tabak und Nikotin zu schaffen. Zudem hat der politische Fokus bei Reemtsma seit dem Personalwechsel in der Lobbyabteilung 2014 etwas abgenommen – und ähnlich wie bei BAT wird die Firma stärker von der britischen Mutter geführt. BAT setzt derzeit auf die Verteilung der Issues auf verschiedene Verbände.

Quelle: the-japan-news.com , Hintergrundgespräche

3. Termine

Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
01.09.2016	FastForward - Sommer-treff	Politikjobs.de, Sitzungswoche	Berlin	politcal.de
07.09.2016	Kultursommernacht	Landesvertre- tung Sachsen- Anhalt	Berlin	<a href="http://lv.sachsen-
anhalt.de">lv.sachsen- anhalt.de
07.09.2016	Runder Tisch zur E- Zigarette	EU-Kommission (DG TAXUD)	Brüssel	-
07.09.2017	Wöchentliche Sitzung der EU-Kommission	EU-Kommission	Brüssel	ec.europa.eu
09./10.09.2016	Informelle Tagung der EU Wirtschafts- und Finanzminister (ECO- FIN)	ECOFIN	Bratislava	<a href="http://consili-
um.europa.eu">consili- um.europa.eu (u.a. Gespräche zu Steuerfragen)
16.- 18.09.2017	Intertabac. Auch E- Zigarettenanbieter da- bei. Demo bereits an- gekündigt.	Messe Dort- mund	Dortmund	intertabac.de
21.09.2016	Diskussionsveranstal- tung zur E-Zigarette	egarage	Berlin	-
19.10.2016	Fachtagung zur E- Zigarette; Publizierung der Literaturuntersu- chung von Prof. Stöver	University of Applied Sci- ences (UAS), Frankfurt/M. (Prof. Stöver)	Frankfurt a.M.	-
Voraussicht- lich Oktober	Deutschlandpremiere „A Billion Lives“	-	Berlin	abillionlives.com
Ende Oktober - Ende De- zember 2016	Zeitkorridor für die Ver- öffentlichung von Prof. Stövers Sammelband.	University of Applied Sci- ences (UAS), Frankfurt/M. (Prof. Stöver)	Frankfurt a.M.	-
30.11.- 01.12.2016	Deutsche Konferenz für Tabakkontrolle. Mit Bei- trägen zur E-Zigarette.	DKFZ	Heidel- berg	dkfz.de

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.